STADTROTINFO

Nr. 15
21. Dez.
2002

Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen

PDS

V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Tel 0201/860 29 04, Fax 0201/860 29 06

Drei Jahre im Rat

Gut drei Jahre ist die PDS jetzt im Stadtrat. Die Bilanz unserer Arbeit im Stadtrat, in den Bezirksvertretungen und Ausschüssen sehen wir überwiegend positiv. Wir konnten wenigstens an einigen Punkten einen Beitrag zum Widerstand gegen den rechten, von CDU, FDP und REP oft in trauter Eintracht getragenen Sparkurs und gegen soziale Ausgrenzung leisten. Gewerkschaften und viele andere haben in uns einen neuen Ansprechpartner gefunden. Das erschwert es den Grünen, mit der schwarz-grünen Option zu spielen und setzt auch die SPD etwas unter Zugzwang.

Auch wenn es nach der Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen schwieriger geworden ist, sehen wir doch eine gute Chance, auch im Westen auf der kommunalen Ebene als Sprachrohr für linke, sozialistische Positionen weiterzumachen. In absoluten Stimmen lag das Bundestagswahlergebnis trotz der Zuspitzung Stoiber-Schröder nicht sehr viel unter dem Ergebnis von 1998/99. Zudem gibt es auf kommunaler Ebene keine 5 %-Hürde mehr – dank der Klage, die die PDS eingereicht hatte. Dadurch geht keine Stimme verloren.

Natürlich wurde in den letzten Wochen viel darüber diskutiert, warum die PDS bei der Bundestagswahl eine Schlappe hinnehmen musste. Fest steht: Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher. Wir müssen vielmehr endlich Wege finden, manchen unsinnigen Streit in den eigenen Reihen zugunsten sachbezogener Zusammenarbeit zu beenden. Und die Linke insgesamt muss enger zusammenrücken. Denn die Schlappe für die PDS ist auch eine Niederlage der Linken. Schröders Versprechen, keine deutsche Beteiligung an einem US-Angriff auf den Irak, hat die Realität der „Bündnistreue“ eingeholt. Aus der Vermögenssteuer für Reiche ist die Zinssteuerpauschale für alle geworden, mit dem schönen Effekt der Senkung der Spitzensteuern. CDU und FDP wittern schon Morgenrot.

„Druck von links“ ist die Devise, auf Bundesebene und kommunal. In diesem Sinne wünschen wir allen unseren Leser/innen ein paar ruhige Tage zum Jahresende und einen guten Rutsch. Und überlegt Euch doch einmal, ob Ihr nicht mitmachen wollt. Jede Hilfe können wir nämlich gut gebrauchen.

Tricks auf Kosten der Sozialhilfeempfänger

Bekleidungspauschale erhöhen!

Nicht nur die PDS-Gruppe lehnte einen Beschlussvorschlag der Sozialverwaltung zur Bekleidungspauschale ab, der in der letzten Sitzung des Sozialausschusses Anfang Dezember beraten wurde. Danach lehnt die Verwaltung eine Erhöhung der im Zuge der Haushaltskonsolidierung von 260 • auf 230 • gekürzten Bekleidungspauschale für Sozialhilfeempfänger/innen ab, obwohl ein vom Rat in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Schluss kommt, dass die Höhe der Zahlungen in Essen die nötigen Ausgaben nicht deckt. In der nassforschen, von Sozialdezernentin Hock unterschriebenen Begründung, streicht die Verwaltung aus der im Gutachten enthaltenen Preisübersicht kurzerhand die teuersten Geschäfte heraus, um den Durchschnittswert zu drücken. Solche Tricks auf dem Rücken der 38.000 Sozialhilfeempfänger/innen sind empörend und unzulässig.

Um es vorwegzunehmen: Der Vorstoß kam nicht durch. Alle Parteien sahen auf Grund des Gutachtens Diskussionsbedarf, so dass das Thema im Februar erneut auf die Tagesordnung des Sozialausschusses kommt. Die Verwaltungsspitze wollte offensichtlich bewusst die Verpflichtung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) unterlaufen, den tatsächlichen Bedarf der Leistungsempfänger/innen an Bekleidung und Schuhen zu decken. Dabei haben die Gutachter ohnehin nur die Preise von billigen Geschäften zusammengestellt. Gestrichen wurden also die „Teuersten“ der „Billigen“.

Gutachten widersprüchlich

Das Gutachten war auf Grund eines Deals von CDU, FDP und Grünen unter Federführung der Verbraucherzentrale NRW erstellt worden. Die Grünen hatten ihre Zustimmung zur Kostenexplosion beim Umbau des Saalbaus in eine Philharmonie an einige Prüfaufträge für Kürzungen in anderen Be-

Fortsetzung auf Seite 3

Gute Beteiligung verzeichnete die Gewerkschaft ver.di bei den Warnstreiks der letzten Tage. Die PDS-Ratsmitglieder erklärten sich in einem Brief solidarisch: „... Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst müssen für ihre gute Arbeit genauso gut wie in anderen Wirtschaftsbereichen bezahlt werden. Deshalb haben wir auch kein Verständnis für alle Versuche der Öffentlichen Arbeitgeber, aus dem Flächentarif auszusteigen oder die Tarifgemeinschaft Öffentliche Dienste zu verlassen.“

Konzerne gefährden Tausende Arbeitsplätze

Konkrete Vorschläge für eine kommunale Politik zur Beschäftigungsförderung

Allein in der Essener Metallindustrie sollen in den nächsten Monaten weit über 1.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Siemens, GE Energy Products (Turbinenbau, früher AEG Kanis) und die Widia GmbH sind die größten betroffenen Betriebe. Die anstehenden Einschnitte sind zumindest bei GE und Widia direkte Folge von Entscheidungen der Konzernzentralen, die ohne jeden Bezug zu den örtlichen Verhältnissen in den USA getroffen wurde. GE, wo es allein um 320 Arbeitsplätze und etliche weitere bei Zulieferern und Subunternehmen geht, will den ganzen Standort schließen. Dass sich auch Essener Politiker hinter den Widerstand der Beschäftigten gestellt hatten, hatte keinerlei Einfluss.

Aus diesem Grund hat sich die PDS Ratsgruppe Ende Oktober an Oberbürgermeister Reiniger (CDU) mit der Bitte gewandt, einen Weg zu finden, wie der besorgniserregende Abbau gerade von gewerblichen Arbeitsplätzen in Essen zum Thema gemacht werden kann. Nachdem der OB auf den PDS-Vorschlag ausweichend reagierte, forderten ihn SPD, Grüne und PDS in einem gemeinsamen Brief auf, das Thema im Rat zu behandeln. Dabei sollten vor allem Betriebsräte und Gewerkschafter zu Wort kommen. OB Reiniger lud daraufhin zu einem Fachforum „Perspektiven gewerblicher Arbeitsplätze“ in den Ratssaal ein – einen Tag vor der Ratssitzung.

Unter Beteiligung der örtlichen Industrie, des Handwerks, der Gewerkschaften, des Arbeitsamtes und der Essener Wirtschaftsförderung kam bei dem Fachforum eigentlich gar nichts heraus, schon gar nicht mehr Druck auf Geschäftsführungen, die in Entlassungen den Königsweg zu höheren Aktienkursen sehen. Handwerkspräsident Homeier nutzt das Forum vielmehr, um gegen Gewerkschaften, zu hohe Löhne und rot-grüne Politik zu wettern.

Vor allem die IG Metall betrachtete das Fachforum dennoch als einen ersten Einstieg in eine längerfristig angelegte Diskussion, die zu konkreten Verabredungen auf Essener Ebene führen soll. Eine solche Verabredung wurde vom Betriebsrat von GE bereits eingefordert: In der Belegschaft gibt es Überlegungen, durch ein „Management-Buy-Out“ das Werk ohne Konzern zumindest teilweise zu erhalten. Dass die anstehenden Massenentlassungen kein Thema in der Ratssitzung waren und Betriebsräte zum Fachforum erst nach einigem Hin und Her eingeladen wurden, kritisierte allerdings auch die IG Metall. In einem Brief an den OB schlug sie nach dem Forum vor, „einmal jährlich im Rat über die Beschäftigungsentwicklung in der Stadt Essen zu berichten und Alternativkonzepte zur Beschäftigungssicherung mit den Verbänden zu erörtern“.

Positionen der PDS-Ratsgruppe

Die PDS-Ratsgruppe hat sich darauf verständigt, in der nächsten Zeit neben der Frage nach der Rolle der Sparkasse vor allem drei konkrete Punkte in die öffentliche Debatte einzubringen.

1. Das Hartz-Konzept ist zwar abzulehnen, weil es den Niedriglohnsektor fördert und den Druck auf Arbeitslose verschärft, aber keine neuen Arbeitsplätze schafft. Nach dem derzeitigem Diskussionsstand sollen jedoch noch nicht einmal die wenigen Ansätze aufgegriffen werden, Arbeitgeber zur „Mitwirkung“ heranzuziehen. So müssten die durch die Hartz-Kommission angeregten Arbeitsplatzbilanzen und -prognosen, die die Unternehmen vorlegen sollen und aus denen die Arbeitsplatzentwicklung ablesbar wäre, verpflichtend gemacht werden. Solche Bilanzen wären sinnvoll, gerade wenn sie in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen erstellt werden, um frühzeitig z.B. den örtlichen Qualifizierungsbedarf festzustellen.

Darüber hinaus würden solche Bilanzen wichtige Anhaltspunkte für die Arbeit der kommunalen Wirtschaftsförderer liefern. So könnten über die Wirtschaftsförderung z.B. regionale Kooperationen angeschoben werden, um Firmenschließungen zu vermeiden. Das fordert auch die IG Metall. Dass so etwas geht, zeigen u.a. die Vermittlungsbörsen zur Nachfolgersuche für Handwerksbetriebe und Mittelständler.

Bei Hartz unberücksichtigt, aber sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang die obligatorische Meldepflicht für offene Stellen, wie sie die Gewerkschaften und die PDS fordern.

Protestaktion gegen Standort-Schießung bei GE

2. Nicht nur nach Auffassung der IG BAU völlig unverständlich ist die Weigerung der Sparkasse, ein Auffangkonzept für die Firma Bergforth mit immerhin 170 Arbeitsplätzen mitzutragen. Über die Sparkasse kann die Stadt stärker als bisher Einfluss auf den Abbau von Arbeitsplätzen nehmen und Beschäftigungsförderung betreiben. Vor Jahren gab es schon einmal eine entwickeltere Diskussion darüber, die wieder aufgenommen werden sollte. Das setzt natürlich voraus, dass die Sparkassen nicht nur als gewinnortientierte Unternehmen gesehen werden.

3. Es muss verstärkt ernsthaft über Forderungen wie den Abbau der über 2 Milliarden Überstunden und über Einkommenserhöhungen gesprochen werden – nicht nur in den Gewerkschaften. Solche Ansätze, die eine Abkehr von der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik darstellen, sind notwendig, statt immer weiter auf McJobs zu setzen.

Einkommenserhöhungen würden die Binnennachfrage stärken. Die schwache Binnennachfrage ist interessanterweise auch aus Sicht der IHK Essen, Oberhausen, Mülheim die „eigentliche Schwachstelle“ der wirtschaftlichen Talfahrt. Das geht aus der Herbstumfrage der IHK hervor.

4. Einig sind sich auf kommunaler Ebene eigentlich alle, dass vor Ort ein riesiger Investitionsbedarf besteht. Beispiel: Wenn allein die Sanierung der maroden öffentlichen Schulen umfassend angepackt würde, wäre dies ein starker Konjunkturimpuls. Ein kommunales Investitionsprogramm scheiterte bisher jedoch am Widerstand von Bund und Ländern, ebenso wie eine kommunale Finanzreform, die die Umverteilung von unten nach oben zumindest stoppt. Die leeren Kassen müssen immer wieder als Argument herhalten.

In diesem Zusammenhang will die PDS-Ratsgruppe einen Gedanken ins Spiel bringen: Warum stellt der Bund den Kommunen nicht Grundstücke aus seinem Besitz kostenlos zur Verfügung, auf denen die Kommunen dann in ihrer Regie z.B. den Wohnungsbau fördern können? Das könnte z.B. mit Flächen aus dem Bahn-Besitz geschehen, deren Eigner der Bund immer noch ist. Die Bundesregierung müsste nicht direkt Geld mobilisieren, sondern könnte haushaltsdefizit-neutral Teile ihres Vermögens weiterreichen, mit dem die Kommunen trotz leerer Kassen sinnvolle Projekte in Gang setzen könnten.

Wenn die Städte dann auf solchen Flächen auch genossenschaftliches Eigentum und Erbpachtmodelle durch die Stadt gezielt begünstigen, könnten auch nicht so gut betuchte Bevölkerungsschichten bessere Wohnungen erhalten und gleichzeitig ihre Altersvorsorge verbessern. Zusätzliche Nachfrage würde auch mobilisiert.

Gabriele Giesecke, Wolfgang Freye

Nachtnetz ohne TaxiBus ist wie ein Auto ohne Sitze

EVAG will auf Biegen und Brechen Einführung ab 7. Januar 2003

Am 7. Januar 2003 soll das neuen EVAG Nachtnetz starten. Obwohl als „Zuckerstückchen" gedacht, werden jedoch nur 6 der geplanten 21 ergänzenden Taxi-Bus-Linien an den Start gehen können. Die EVAG konnte sich bisher nur mit Taxi Süd über eine Kooperation einigen. Dadurch verschlechtern sich die Möglichkeiten zur Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs am Abend für viele Menschen drastisch. Die letzte Sternfahrt der „normalen" U-Bahn, Straßenbahn- und Buslinien soll sowohl in der Woche und am Wochenende schon um 23.00 Uhr statt um 0.15 Uhr stattfinden. Alle, die nicht an den 16 Nachtexpress-Buslinien oder in den von Taxi Süd bedienten sechs Stadtteilen wohnen, kommen ohne Auto nach 23.00 Uhr nur noch nach hause, wenn sie weite Fußwege in Kauf nehmen.

Da dadurch die Voraussetzungen für die im Juni erfolgte Zustimmung des Rates zum Konzept der EVAG bisher nicht gegeben sind, hat sich die PDS für eine Verschiebung der Einführung des Nachtnetzes ausgesprochen. „Augen zu und durch" heißt dagegen die Devise der EVAG, die sich in einem Brief an alle Rats- und Bezirksvertretungsmitglieder wandte und in einer von b. 90/Grüne beantragten Aktuellen Stunde in der letzten Ratssitzung überwiegend nur sanfte Schelte erhielt. Oberbürgermeister Dr. Reiniger wollte noch einmal einen Vermittlungsversuch starten, der bei Redaktionsschluss allerdings noch kein Ergebnis hatte.

Dabei soll gar nicht geleugnet werden, dass das Konzept der EVAG für den neuen Nachtverkehr durchaus durchdacht war. Die NachtBusse fahren schon ab 23.00 Uhr und bis 0.30 Uhr immerhin im Halbstundentakt. In der Woche fahren sie länger, als bisher. Drehpunkt ist der Hauptbahnhof, statt der Porscheplatz, so dass auch eine direkte Anbindung an die Bundesbahn da ist. Mit dieser Planung hat die EVAG wesentliche Kritikpunkte von ProBahn aufgegriffen. Die TaxiBus-Linien sollten die Querverbindungen herstellen, da die NachtBusse nicht das ganze EVAG-Netz bedienen.

Genau das passiert gerade in den nördlichen Stadtteilen nicht, wenn die TaxiBusse nicht fahren. Problematisch bleibt darüber hinaus vor allem das erheblich frühere Ende der Abend-Fahrten von Straßen- und U-Bahnen. Für die U 18 gibt es wegen des Verlaufs über die A 40 keine parallele Nachtexpress-Linie. Einige Straßenbahn-Haltestellen in Richtung Steele und Rüttenscheid (Linien 105 und 106) hatten bisher bis nach 0.00 Uhr einen 15-Minuten-Takt.

Entstanden sind diese Kürzungen vor dem Hintergrund des rigorosen Sparzwanges, unter dem die EVAG durch die von der Ratsmehrheit im Konsolidierungskonzept beschlossene Kürzung der städtischen Zuschüsse auf rund 30 Mio. Euro steht. Eine drastische Verschlechterung der Leistungen des ÖPNV ist aber nicht hinzunehmen. Die Einschränkung des Nachtverkehrs trifft nämlich keineswegs „nur" Leute, die aus dem Kino oder aus Kneipen kommen. Vielmehr müssen Abends auch immer mehr Menschen arbeiten, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Viele in Niedriglohn-Jobs können sich weder Auto noch Taxi leisten und sind auf den ÖPNV angewiesen.

(wof)

Erster Schritt zum Abbau?
PDS-Ratsgruppegegen Uni-Fusion

Im Juni hatte die PDS-Gruppe in Absprache mit dem AStA der Universität Essen einen Antrag in den Rat eingebracht, in dem die Fusion der Unis Duisburg und Essen abgelehnt wurde. Der Rat ging auf Antrag der CDU zur Tagesordnung über. Begründung: Das Thema ist kein kommunales. Fünf Monate später sahen CDU und FDP das offensichtlich anders. Sie brachten einen Antrag ein, der Bedingungen zur Fusion stellte. Die PDS zeigte sich jedoch nicht nachtragend und stimmte dem ebenfalls mit Uni-Gremien abgestimmten Antrag zu. In der Diskussion sprach Ratsherr Hans-Joachim Stahl.

... Hochschulpolitik ist immer auch Standort- und Kommunalpolitik. Deshalb muss man die Frage Kooperation versus Fusion an der Schnittstelle zur Kommunalpolitik betrachten ... Die rot-grüne Landesregierung setzt aber in der Hochschulpolitik ausschließlich auf die Form der Fusion, ohne überhaupt eine inhaltlich sinnvolle Strukturanalyse gemacht zu haben, die die Interessen der Unis und der Kommunen berücksichtigt.

Nicht umsonst hat die Uni Essen angemahnt, keine voreiligen Festlegungen der Fachbereichsverteilung zu vollziehen. Bereits jetzt findet ein systematischer und schleichender Abbau der Uni Essen statt. Elementare und bedeutende Fachbereiche wie Physik mit Kapazitäten von Weltgeltung, die dem Ausbau des medizinisch-biologischen Zentrums schmerzlich fehlen würden, sollen nach Duisburg verlagert werden. Für die Übernahme der Fusionskosten wurde bisher nur die Zusage gemacht, diese bei den Planungskosten im Nachtragshaushalt zu übernehmen. Einen Großteil der Kosten muss die Uni tragen, die damit ihre Gelder verschwenden muss, die sinnvollerweise in Sicherung und Ausbau des eigenen Standorts gebracht würden. Mit der zwangsweisen Einsetzung eines Rektors wird schließlich die Autonomie und Mitentscheidung der Uni außer Kraft gesetzt.

Im Hochschulgesetz § 3 Aufgaben heißt es: „Die Universitäten dienen der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Forschung/Lehre und Studium. Sie wirken dabei an der Erhaltung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates mit und tragen zur Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Werte entscheidend bei".

Mit dem Fusionsgesetz und dem Änderungsantrag der SPD-Grünen-Koalition wird dieses verfassungsrechtliche Anliegen außer Kraft gesetzt oder, kraftmeierischer ausgedrückt – man denke an den Namen unserer neuen Ministerin – gibt die rot-grüne Koalition der Planierraupe „grün" statt „rot". Um die Einsetzung eines Rektors durchzusetzen und damit die Fusion durchzupeitschen, wird eine neue Grundordnung erlassen, die sämtliche Autonomierechte der Uni-Gremien außer Kraft setzt. Eine Neugründung muss her, ohne legitime Entscheidungsgremien. Dazu will man dann den Planierraupenfahrer Vossenkuhl einsetzen, de durch einschlägige Äußerungen z.B. im WDR am 28.2.2001 unverhohlen zum Besten gab, „Beteiligungsrechte interessieren mich nicht". Und die „Dichte des Uni-Netzes im Ruhrgebiet" lasse sich auf Dauer nicht aufrechterhalten ...

Fortsetzung von Seite 1

reichen geknüpft. Das Gutachten schlägt eine Erhöhung der Bekleidungspauschale auf 250 für Erwachsene bei gleichzeitiger Senkung der Pauschale für weitere Kinder auf je 200 vor. Dieser Vorschlag stützt sich auf Preiserhebungen, die auf Grundlage der Richtlinien des Essener Sozialamtes zur Bekleidungspauschale vorgenommen wurden.

Die Umsetzung dieses Vorschlages würde den Sozialhilfeempfänger/innen in Essen zwar rund 340.000 im Jahr mehr „bescheren". Die PDS hält jedoch schon den Vorschlag des Gutachtens für zu niedrig. Die Gutachter übernehmen nämlich kritiklos die Richtlinien des Essener Sozialamtes zur Bekleidungspauschale. Diese Richtlinien gehen z.B. davon aus, dass pro Jahr zwei neue Hemden oder Blusen ausreichen – wenig realistisch, gerade für Kinder. Eine im gleichen Gutachten vorgenommene Untersuchung der Ausgaben von Haushalten mit niedrigen Einkommen für Bekleidung und Schuhe kommt denn auch auf deutlich höhere Zahlen. Sie liegen bei 305 für Männer, 437 für Frauen und 372 für das erste Kind.

Die PDS-Gruppe ist der Ansicht, dass diese auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstatistik erhobenen Daten Ausgangspunkt für Überlegungen zur Neuregelung der Bekleidungspauschale sein sollte. Einen entsprechenden Vorschlag werden wir im Januar vorlegen. Handlungsbedarf besteht in jedem Fall. **Wolfgang Freye**

Drei Jahre Fleißarbeit

Anträge und Anfragen der PDS-Gruppe im Rat– Eine Übersicht

Gabriele Giesecke

Achim Stahl

Ratssitzung am 20.10.1999

Anfrage zur Aktuellen Stunde: Auswirkungen von Ladenöffnungen am Sonntag
Änderungsantrag zum Antrag der CDU, TOP 14: Öffentliches Erscheinungsbild der Innenstadt und des Hauptbahnhofes – Ideenwerkstatt Innenstadt und Hauptbahnhof Essen

Ratssitzung am 24.11.1999

Anfrage zur Aktuellen Stunde: Rolle der Kommunen bei Zwangsarbeit im II. Weltkrieg
Antrag: Einmalige Leistung für Sozialhilfeempfänger/innen unter 18 Jahren

Ratssitzung am 26.1.2000

Anfrage zur Aktuellen Stunde: (Illegale) Parteispenden
Antrag zu TOP 5: Verkaufsflächenexpansion im Ruhrgebiet
Antrag: Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen

Ratssitzung am 23.2.2000

Antrag zu TOP 7: Saalbau
Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage zu TOP 9: Zwangsarbeitereinsatz bei der Stadt Essen während des Zweiten Weltkrieges
Antrag: Unterstützung von Parteien
Antrag: Erhalt und Ausbau des ÖPNV trotz Niedriglohnkonkurrenz

Ratssitzung am 29.3.2000

Antrag zu TOP: Ideenwerkstatt Innenstadt und Hauptbahnhof Essen
Antrag: Jugoslawien: Unterstützung statt fragwürdiger Symbolik

Ratssitzung am 24.5.2000

Antrag zu TOP 4, Haushalt 2000: Besuchsprogramm für Zwangsarbeiter und jüdische Verfolgte

Ratssitzung am 28.6.2000

Antrag: Auswirkungen der Fahrplanänderungen 2000/01 der EVAG

Ratssitzung am 23.8.2000

Antrag: Kein „Ausverkauf" von Allbau-Mietwohnungen
Antrag: Initiative für einen Runden Tisch bzw. eine Ideenwerkstatt gegen rechtsradikale Aktivitäten in Essen

Sitzung des Hauptausschusses am 18.10.2000

Anfrage: Grußwort des Oberbürgermeisters an die rechte türkische Organisation Milli Görüs

Ratssitzung am 25.10.2000

Antrag zu TOP 15: Lichtburg/VHS an Burgplatz (Stichwort: Kommunales Kino)
Antrag zu TOP 21: Initiativen gegen rechtsradikale Aktivitäten

Ratssitzung am 22.11.2000

Änderungsantrag zu einem Antrag der Grünen, TOP 5: Bürger- und Politikbeteiligung bei wichtigen Vorhaben städtischer Gesellschaften
Antrag zu TOP 6: Zwangsarbeiterentschädigung in Essen
Antrag: Weitere Konsequenzen aus dem Bericht „Initiativen gegen rechtsradikale Aktivitäten"

Ratssitzung am 24.1.2001

Antrag zu TOP 16: Rechtsradikale Übergriffe in Essen

Ratssitzung am 28.2.2001

Antrag zu TOP 6: Philharmonie im Saalbau (Beteiligung am Beratungsgremium)
Antrag zu TOP 8: Bürgerbegehren – Öffnung des Kuhlhoff-Bades und Nöggerath-Bades in diesem Sommer
Antrag zu TOP 19: Unterbringung von Aussiedlern, Flüchtlingen und Obdachlosen (Änderung Verwaltungsvorlage)
Antrag zu TOP: Rechtswidrige Berechnung von Sozialmieten (Stichwort Viterra)

Ratssitzung am 28.3.2001

Antrag: Aufmarsch der NPD am 1. Mai in Essen unerwünscht
Antrag zu TOP 9 Haushalt 2001: Gewerbesteuererhöhung
Antrag zu TOP 9 Haushalt 2001: Personal, Synergieeffekte

Ratssitzung am 23.5.2001

Anfrage: City-Center-Wachdienst gegen vom Oberbürgermeister unterzeichnetes Flugblatt zur Gegendemonstration gegen die NPD
Anfrage: Rechtmäßigkeit der Ladenöffnung am Sonntag aus Anlass von „Ruhr in Flammen"

Anfrage an die Verwaltung zur Ratssitzung am 27.6.2001:

US-Leasing-Geschäft mit der Messe (Fragenkatalog zu Investoren, der rechtlichen Situation, dem Vertrag etc.)

Ratssitzung am 27.6.2001

Antrag: Bleiberechtsregelung für „ungeklärte Flüchtlinge" aus dem Libanon
Antrag: Prüfung der gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunkanlagen
Antrag zu TOP 46: US-Leasing-Geschäft (Stichwort: Ablehnung des Geschäftes)

Ratssitzung am 29.8.2001

Antrag zu TOP 8 Haushalt 2001: Vorschlag für eine gemeinsame Resolution zu den Kommunalfinanzen
Antrag zu TOP 16: Rechtliche Möglichkeiten der Stadt zur Verhinderung illegaler Beschäftigung bei Bauaufträgen
Antrag zu TOP: Schutz vor Belastungen von Mobilfunksendeanlagen

Ratssitzung am 26.9.2001

Änderungsantrag zu einem Antrag der Grünen, TOP 10: Zukunft der Innenstadtgymnasien
Antrag: Keine Anrechnung der Kindergelderhöhung auf die Sozialhilfe

Ratssitzung am 31.10.2001

Änderungsantrag zu einem Antrag der Grünen, TOP 7: Patenschaft Hindenburg / Part-

Zwei Besucherdelegationen von ehemaligen Zwangsarbeiter/innen aus der Ukraine waren inzwischen in Essen. Ihr Besuch geht auf einen Antrag der PDS zurück

nerschaft bzw. Kooperation mit Zabrze
Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage, TOP 11: Konzept für die interkulturelle Arbeit der Stadt Essen
Änderungsantrag zu einem Antrag der Grünen, TOP 18: Kruppscher Gürtel

Ratssitzung am 28.11.2001

Antrag zu TOP: Weihnachtsmarkt in der Essener Innenstadt
Antrag zu TOP 31: Erlass einer Satzung zur Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer für 2002 (Gewerbesteuer erhöhen)
Antrag zu TOP 53: Neukonzeption Alte Synagoge – Verpflichtungsermächtigung (Erhalt der Synagoge als Gedenkstätte, auf unsere Initiative gemeinsam mit Grünen)

Anfrage an die Verwaltung zur Ratssitzung am 19.12.2001:

Philharmonie im Saalbau (Fragenkatalog zu den Betriebskosten etc.)

Anfrage an die Verwaltung zur Ratssitzung am 23.1.2002

US-Leasing-Geschäft mit dem Kanalnetz (Fragenkatalog zu Investoren, der rechtlichen Situation, den Gebühren etc.)

Ratssitzung am 27.2.2002

Antrag: Flughafen Essen/Mülheim

Ratssitzung am 20.3.2002

Änderungsantrag zu einem Dringlichkeitsantrag der Grünen: Teilprivatisierung EBE/Trienekens
Antrag: Transparenz der Ratsarbeit

Ratssitzung am 22.5.2002

Antrag zu TOP 6, Haushalt 2002: Gewerbesteuer erhöhen
Antrag zu TOP 6, Haushalt 2002: Freie Träger, Vereine etc. nicht schlechter stellen

Ratssitzung am 26.6.2002

Antrag: Erhaltung der Müllentsorgung in kommunaler Hand
Antrag: Straßenstrich – Standortalternativen und soziale Flankierung
Antrag: Situation der Essener Universität – Fusion und Studiengebühren
Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage TOP 18: Unterbringungskonzept Obdachlose, Flüchtlinge, Aussiedler

Ratssitzung am 25.9.2002

Gemeinsamer Antrag von SPD, B. 90/Die Grünen und PDS: Freizeitbad Oase – Bäderpolitik

Ratssitzung am 30.10.2002

Verbesserung des Aufenthaltsstatus von Migrant/innen

Ratssitzung am 27.11.2002

Gemeinsamer Antrag von SPD, B. 90/Die Grünen und PDS: Bäderpolitik

Hinzu kommen mehrere Anträge in Ausschüssen des Rates.

Täuschen, tarnen, vertuschen

Oase zu – CDU-Bäderpolitik gescheitert

Spätestens seit der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zu den Vorgängen um das städtische Freizeitbad Oase vorliegt, ist für jeden offensichtlich: Die Bäderpolitik der CDU ist gescheitert. In der siebtgrößten Stadt der Bundesrepublik inszenierte die CDU ein Stück zwischen Provinzposse und Reality-Show. Die Oase ist seit Ende September geschlossen, die Stadt hat inzwischen Insolvenzantrag gegen den früher so hofierten Pächter Trenks gestellt und musste erst das Gericht bemühen, um wenigstens Zugang in die Oase zu erhalten.

Getäuscht hat die CDU die Öffentlichkeit mit dem Versprechen, bei Schließung des Nöggerath- und des Kuhlhoff-Bades die Oase mit einem Außenbecken aufzuwerten. Immerhin, kurze Zeit gelang das Täuschungsmanöver: Aus dem Bürgerbegehren gegen ihre unsoziale, kurzsichtige und – wie sich nicht erst heute herausstellt – verantwortungslose Bäderpolitik kam die CDU mit einem blauen Auge heraus.

Zum Täuschen kam das Tarnen hinzu. Wie zum Beispiel der als Investor gepriesene Trenks ins Spiel gekommen ist, blieb lange Zeit im Dunkeln. Schließlich stellte sich heraus, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Kuhmichel den sauberen Herrn Trenks auf Bitten eines ihm bekannten Steuerberaters den Essener Bäderbetrieben empfohlen hat. Die Sport- und Bäderbetriebe prüften die Seriosität von Trenks nicht hinreichend. Damit versenkten sie mindestens 870.000 Euro im Nichts – Fördermittel, die Trenks bereits von der Stadt erhalten hat. Die CDU hat durch den von ihr aufgebauten Entscheidungsdruck maßgeblich zu dem Desaster beigetragen. Nicht die Sport- und Bäderbetriebe haben schließlich entschieden, die Bäder zu schließen und die Oase zu verpachten – nein, dass waren die mit heißer Nadel gestrickten Beschlüsse der Ratsmehrheit. Die Leidtragenden der chaotischen Bäderpolitik sind die Menschen, die sich keinen eigenen Swimmingpool und oft auch keinen Urlaub leisten können.

Im Landtag oder Bundestag wären die Vorgänge Anlass genug für die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. In Essen blockieren CDU, FDP und REP eine Überprüfung der Bäderpolitik, wo sie nur können. Durch die Akteneinsicht zweier Ratsmitglieder wurden erste handfeste Enthüllungen über die verwaltungsinternen Vorgänge bekannt. Dies brachte die Ratsmehrheit so unter Druck, dass sie der von SPD, Grünen und PDS geforderten Einschaltung des Rechnungsprüfungsamtes zustimmten. Der Ende November vorgelegte Bericht belegte im Detail das ganze Ausmaß des Skandals um die Oase und ihren Pächter Trenks.

Trotzdem blieb die Ratsmehrheit stur und hielt unbeirrt an ihrer gescheiterten Bäderpolitik fest. Zwei gemeinsame Anträge von SPD, Grünen und PDS, in denen ein Bädermoratorium und ein Kassensturz gefordert wurden, lehnten CDU, FDP und REP kaltschnäuzig ab. Damit geht die Ratsmehrheit sehenden Auges weiter in die Katastrophe.

Der Ausbau der Oase und des Freibades Hesse sollte u.a. mit den Erlösen aus der geplanten Vermarktung des Nöggerath-Bades finanziert werden. Es ist jedoch völlig unklar, was der Verkauf erbringt. Sicher ist nur, dass die Summe weit unterhalb der ursprünglich einmal gehandelten 12 Millionen DM liegen wird. Beim Parkplatz des Nöggerath-Bades, der an die Wohnbau Nord verkauft werden soll, kann der Kaufpreis wegen möglicher Bergschäden um bis zu 50% der Kaufsumme gemindert werden.

Die Vermarktung von Teilen des Kuhlhoff-Bades im Essener Nord steht genauso in den Sternen. Dort hat jetzt die Untere Forstbehörde Einspruch gegen die geplante Wohnbebauung erhoben, weil dafür ein schützenswerter Waldbestand abgeholzt werden müsste. So stellt sich nach und nach jeder Teil des so genannten Bäderkonzeptes der CDU als Luftnummer heraus. Das lässt sich gegenüber der Öffentlichkeit weder länger tarnen, noch lässt sich die Öffentlichkeit darüber hinwegtäuschen.

Gabriele Giesecke

Impressum:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS
Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen
Tel. 0201-8602904,
Fax 0201-8602906

Internet: www.pds-essen-im-rat.de,
E-mail: buero@pds-essen-im-rat.de

Die nächste Sitzung der PDS-Ratsgruppe ist am Montag, 13. Januar 2003,

Einwohnerverlust kann Vorteil sein

PDS unterstützt Proteste gegen Flächenfraß der CDU-Eigenheimpolitik

Stadtflucht ...

Stadtflucht und Flächenfraß – Eigentlich sollte man denken, diese beiden Erscheinungen stünden sich gegenüber. Das neue Wohnungsbauprogramm 2001 bis 2003 der Stadt Essen schafft jedoch beides: Stadtflucht und Flächenfraß.

Essen verliert Einwohner, vermutlich 73.000 bis zum Jahr 2015, so die Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstituts (RWI). Aber nicht nur Essen allein. Das Ruhrgebiet insgesamt wird bis 2005 etwa 380.000 Einwohner verlieren. Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern, hat die CDU vor, bis zum Jahre 2003 in Essen für mehr als 6.100 Wohneinheiten Baurecht zu schaffen. Auf 69 Flächen mit insgesamt knapp 295 ha und in der altbewährten „Reihenhausschachtel-Einheitssiedlung".

Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse, ob die geplanten Maßnahmen den Einwohnerverlust stoppen können. Allein das übermäßige Angebot an Eigenheimen wird nicht dazu führen, dass mehr Menschen nach Essen ziehen oder einen geplanten Wegzug aufgeben, so eine Untersuchung der Stadtverwaltung, 35 % gaben als Hauptmotiv für den Wegzug private Gründe an, 31 % berufliche und ein weiteres Drittel nannte das Wohnumfeld als Hauptmotiv, vor allen Dingen mangelnde Grünflächen. Nur 18 % der Weggezogenen kaufen eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim im Umland.

Auch die geplante Größenordnung – 6100 Wohneinheiten in nur drei Jahren – erscheint viel zu hoch. In Düsseldorf wurden in den letzten sieben Jahren im Durchschnitt 220 Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut, eine realistischere Einschätzung.

... und Flächenfraß

Werden die Bebauungspläne so durchgesetzt, wird es in den nächsten Jahren einen erheblichen Flächenverlust in Essen geben. Durch das Wohnungsbauprogramm mit 295 ha, dem Kruppschen Gürtel mit 200 ha und dem Gewerbeprogramm mit 230 ha verliert die Stadt Essen über 700 ha Fläche, vornehmlich Ackerflächen und Wald. Rechnet man den Berliner Platz mit 12 ha und den Neuen Golfplatz Heidhausen hinzu, sind es insgesamt 814 ha. Die Versiegelung nimmt in bisher nicht gekannten Ausmaß zu und für den Naturhaushalt (Pflanzen und Tiere, Klima, Grundwasser etc.) sind gravierende negative Auswirkungen absehbar.

Die jährlich zubetonierte Fläche in Deutschland entspricht der Fläche der Stadt München. Täglich gehen 120 ha (entspricht 150 Fußballfeldern) verloren. Da sollte sich die Essener CDU besser an eins ihrer Wahlprogramme aus den 80er Jahren erinnern, in dem sie den Flächenverbrauch in auf 30 ha pro Tag verringern wollte.

Autokorso gegen Bebauungsplan Haarzopf. Die Bürgerinitiative in Haarzopf erreichte einen Teilerfolg: Der Planungsausschuss nahm im November den Birkmannsweg aus der Bebauungsplanung heraus. Dort waren rund 40 Wohneinheiten geplant.

Die PDS unterstützt die wachsenden Proteste gegen die Bebauungsplanungen, sei es im Essener Norden, wo u.a. die Wohnungsbaugesellschaft Viterra gnadenlos nachverdichten will, oder im noch ländlichen Essen-Haarzopf, wo allein über 1.000 Wohneinheiten zur Diskussion stehen. Essen ist ohnehin eine der dichtbesiedeltsten Städte der Bundesrepublik, wird noch weiter zugebaut, nehmen teilweise vermutlich auch Tendenzen zum Wegzug zu.

Insofern plädiert die PDS-Gruppe im Rat dafür, den Einwohnerverlust als Chance zu begreifen. Sinnvoller als ausufernde Eigenheim-Bauprogramme ist die Sanierung von Stadtteilen, die Zusammenlegung zu kleiner Wohnungen und die Steigerung der Attraktivität des Wohnumfeldes und der Lebensqualität in den Stadtteilen. Immerhin stehen in Essen runde 10.000 Wohnungen leer.

Wohnbauentwicklungsprogramme müssen mit den Bürgern in den einzelnen Bezirken gemeinsam geplant werden. Eine Lösung der Wegzugsbewegung aus den Revierstädten kann nur durch gemeinsames Handeln in der Region erfolgen. Einwohnerverlust und Flächenfraß. Dieses Kunststück sollte man nun wirklich nicht zulassen.

(Heinrich Hellwig)

Weltkulturerbe Zollverein – Chance oder Flop?

Verankerung im Stadtteil und bessere ÖPNV-Anbindung nötig

Am 14.12.2001 wurde das Industrieensemble Zollverein in die Liste der Stätten des Weltkulturerbes aufgenommen. Inzwischen liegt ein Masterplan vor, erarbeitet vom Architekten Rem Koolhaas und seinem Büro Office for Metropolitan Architecture. Der innere Bereich soll nach diesem Plan erhalten und auch nicht durch Neubauten ergänzt werden. Im Aussenbereich soll es jedoch Gewerbeflächen, Parkplätze und ergänzende Bebauung geben.

Die PDS Gruppe im Rat hat die Entscheidung unterstützt, diese interessante Industriearchitektur von Schupp und Kremmer so zu erhalten. Darüber hinaus muss Zollverein als Weltkulturerbe den Stadtteilen, die von der Zeche und der Kokerei in den letzten 130 Jahren geprägt wurden, auch die Chance geben, sich in diesem Glanz zu erholen – und das ist bisher nicht ausreichend gegeben.

Über das gesamte Gemeindegebiet von Stoppenberg, Katernberg und Schonnebeck erstreckte sich unter Tage das Ab-

Kaufpalast nicht auf Wunschliste

Bürgerwillen zum Berliner Platz endlich respektieren

Mitte Dezember, passend zur Weihnachtswunschzeit, kamen Überlegungen der Verwaltung an die Öffentlichkeit, auf dem Gelände des Berliner Platzes eine riesiges Einkaufszentrum anzusiedeln. Die PDS-Gruppe forderte die Verwaltung auf, diese Planungen sofort „einzustampfen". Insbesondere die vielen Essenerinnen und Essener, die im Rahmen der Perspektivenwerkstatt ihre Vorstellungen und Wünsche für die Gestaltung des neuen Uni-Viertels einbrachten, müssen eine solche Ansiedlung als einen Schlag ins Gesicht empfinden. Sie wünschten sich ein Viertel, in dem Wohnen, Erholung und Kultur sowie Gewerbe und Einzelhandel in einem ausgeglichenen Verhältnis zu einander stehen. Schon der letztlich beschlossene Bebauungsplan hatte damit nicht mehr viel zu tun. Der Bau eines Einkaufszentrums würde auch die letzten Ergebnisse der Perspektivenwerkstatt beseitigen.

Ein Einkaufszentrums wäre darüber hinaus ein Schlag ins Kontor für die Händler in der Essener Innenstadt. Bereits heute stehen zahlreiche Geschäfte leer. Vor allem der alteingesessene, mittelständische Einzelhandel wird immer stärker von Kaufhauskonzernen und Filialisten an die Wand gedrückt. „Im Handel konnte der Sinkflug der Umsätze nicht gestoppt werden ... Der negative Trend wird sich nach Einschätzung der Betriebe in den nächsten Monaten fortsetzen", stellt die IHK Essen, Mülheim, Oberhausen in ihrem Herbstbericht 2002 fest. Ein Einkaufszentrum mit 40.000 Quadratmetern Einkaufsfläche steht allen Versuchen zur Belebung der Innenstadt diametral entgegen.

Nach dem, was öffentlich bekannt ist, wird also ein Einkaufzentrum weder von den Beteiligten an der Perspektivenwerkstadt noch von den Einzelhändlern der Essener Innenstadt gewünscht. Die aktuellen Aktivitäten der Stadtverwaltung werfen Fragen auf:

- Warum und in wessen Interesse prüft die Stadtverwaltung in Richtung Einkaufszentrum?
- Gibt es einen Interessenten/Investor für den Bau eines Einkaufszentrums, der bisher der Öffentlichkeit nicht genannt wurde?
- Ist dieser potentielle Investor so stark, das jegliche Bürgerbeteiligung mit Füßen getreten wird?
- Woher hat die Stadtverwaltung eigentlich das Geld angesichts leerer Kassen?

Gabriele Giesecke

Planung Berliner Platz

Erst im April 2002 stimmten CDU und SPD in der Bezirksvertretung I der Planung für das neue „Universitätsviertel" zu. Es umfasst das Gebiet zwischen Güterbahnhof Nord, dem Limbecker Platz, dem Rheinischen Platz und dem Berliner Platz. Im Universitätsviertel sollen Büros (teilweise in Hochhäusern), Wohnungen, Gaststätten, Cafés, Geschäfte und eine kleine Grünfläche entstehen.

PDS und Grüne lehnten den Bebauungsplan sowohl in der BV I als auch im Stadtrat ab. Dabei spielten vor allem folgende Gründe eine Rolle: Die BV I Mehrheit setzte sich durch ihre Zustimmung über den Willen der vielen Menschen hinweg, die in der „Perspektivenwerkstatt Berliner Platz" eine Hochhausbebauung abgelehnt haben. Ebenso wurde eine siebengeschossige Bebauung abgelehnt. Da auch im übrigen viele sechsgeschossige Häuser geplant sind, sind – nach eigener Aussage der Verwaltung – die unteren Etagen aufgrund ihrer Verschattung für Wohnzwecke ungeeignet. Aber auch bei gewerblicher Nutzung leiden die Nutzer/innen ja unter der Verschattung.

Experten aus den Initiativen des Runden Umwelt-Tisches kritisieren, dass die Grünfläche mindestens doppelt so groß sein müsste, um einen klimatischen Ausgleich zur dichten und hohen Bebauung sowie zum starken Verkehr zu bieten. Die derzeitige Größe kann die Aufheizung des örtlichen Klimas nicht verhindern. Selbst nach Auffassung der Verwaltung werden in den Hauptverkehrsstraßen die zulässigen Lärmpegel Tag und Nacht so stark überschritten, dass Lärmschutzmaßnahmen nötig sind. Ob die aber ergriffen werden, ist fraglich. Die Anwohner/innen der A 40 warten seit Jahren auf sie.

Frank Tiedemann

---

baugebiet der Zeche Zollverein und prägte das Leben über Tage. Bis zu 6.000 Menschen brauchte diese Zeche in den Spitzenzeiten. Wer hier lebte, arbeitete auch auf der Zeche. Als auf Zollverein der letzte Schacht geschlossen wurde und einige Jahre später auch die Feuer der Koksbatterien erloschen, wanderten die jüngeren Kumpel mit ihren Familien weiter nach Norden, die älteren gingen in „Anpassung", ein Teil der Kokereiarbeiter in die Arbeitslosigkeit. Und dies sieht man diesen Stadtteilen auch an.

Das Umfeld muss angeschlossen werden

Bleibt es bei der bisherigen Planung, laufen die umliegenden Stadtteile Gefahr, von der Kulturinsel Zollverein abgekoppelt zu werden. Sinnvoller wäre es, Brückenköpfe zu planen, die die Stadtteile anbinden. Dazu bietet sich der geplante Gewerbepark auf dem alten Holzstapelplatz an. Jedoch nur, wenn man ihn nicht, wie geplant zu einem reinen Gewerbepark macht, sondern dort auch Kneipen, Restaurants und Kleinkunst einbaut. So könnte man den Sprung schaffen zur multikulturellen Katernberger „Szene" bis hin zur Moschee an der Schalker Straße. Doch statt Integration zu betreiben, grenzen Verwaltung und Ratsmehrheit weiter ab:

Parkplatz und „Visitors Center"

In Höhe Kapitelwiese soll eine Zufahrt zu einem neuen Parkplatz angelegt und die Kohlenwäsche soll zum „Visitors center" umgebaut werden. Diese großangelegte Parkraumplanung bezieht sich auf einige Großveranstaltungen und die für alle fünf Jahre, jeweils 100 Tage dauernde, Design-Ausstellung „Metaform". Bei dieser Planung wird einseitig von der Zunahme des Individualverkehrs ausgegangen, eine bessere Anbindung durch den ÖPNV findet sich in der Planung nicht. Dabei gibt es eine ganze Reihe guter Vorschläge. Sie reichen von der Anbindung des vorhandenen Schienennetzes auf der Nordseite der Kokerei an die Köln-Mindener-Bahn (Bahnhof Zollverein) über die Weiterführung der EVAG-Linie 106 vom Bahnhof Altenessen nach Zollverein bis zur Taktzeitverkürzung der Linie 107 vom Hauptbahnhof Essen aus. Für die Ausstellung „Metaform" und dem damit verbundenen verstärkten KFZ-Verkehr ließen sich auch andere Lösungen als ein riesiger Parkplatz, der nur wenige Tage im Jahr wirklich genutzt würde, finden. So könnte das BuGa-Gelände in Gelsenkirchen, gleich an der Stadtgrenze, als Parkplatz bei Großveranstaltungen genutzt werden und von dort die Besucher über einen Bus-Shuttle-Verkehr auf das Zollvereingelände gebracht werden.

„Laubenpieper" nicht vertreiben

Ein weiterer Gesichtspunkt: In der Kleingartenanlage an der Gelsenkirchenerstrasse, die dem Parkplatz weichen soll, verbringen Menschen ihre Freizeit, die über Jahrzehnte ihre Gesundheit auf eben dieser Zeche oder dieser Kokerei geopfert haben. Jetzt, wo Zollverein Weltkulturerbe ist, will man sie des Platzes verweisen. Und das obwohl man kaum einen Fotokatalog über das Ruhrgebiet finden wird, der die Verbindung zwischen Zeche und Laubenpiepern nicht deutlich macht. Die Kleingartenanlage muß als konsequenter Randbereich des Industrieensembles erhalten bleiben und jede Form der ÖPNV-Anbindung ist zu prüfen. Ärgerlich ist vor allen Dingen dass diese Parkraumplanung ohne jede Analyse der zu erwartenden Verkehrsströme bei Großveranstaltungen gelaufen ist. Korrekturen an der Planung sind noch möglich.

Heinrich Hellwig

Bibliotheken gekappt

Schiebt neues Konzept Schließungen nur auf?

Nach monatelanger Auseinandersetzung hat die Ratsmehrheit aus CDU, FDP und REP das geänderte Bibliothekskonzept beschlossen. Zwar wurde die ursprüngliche Absicht, die einige Stadtteilbibliotheken ganz zu schließen, so nicht umgesetzt. Immerhin haben die Stadtteilinitiativen, die Gewerkschaft ver.di und andere bis zur letzten Ratssitzung rund 10.000 Unterschriften gegen die Kürzungen bei den Bibliotheken gesammelt. Das beschlossene Konzept ist jedoch alles andere als akzeptabel. Nach den von der damaligen SPD-Mehrheit verantworteten Kürzungen und Schließungen Ende der 80er Jahre, wird es weitere erhebliche Einschnitte bringen.

- Die Bibliothek Stadtwald soll zwar ihre bisherigen Öffnungszeiten (17 Std./Woche, verteilt auf 3 Tage) beibehalten. Sie soll jedoch in Zukunft von einer statt zwei halben Stellen betrieben werden.
- Die Bibliothek Stoppenberg soll ebenfalls ihre Öffnungszeit beibehalten (ganze 8 Std./Woche, verteilt auf 2 Tage). Auch hier soll die Arbeit in Zukunft jedoch von einer statt zwei halben Stellen bewältigt werden.
- Die Bibliotheken in Altendorf und Schonnebeck werden in Jugendbibliothekszentren umgewandelt. D.h. sie haben nur noch ein sehr eingeschränktes Angebot an Literatur („viel gefragte Titel der Belletristik" – also vielleicht Konsalik – und „Ratgeberliteratur") sowie drastisch eingeschränkte Öffnungszeiten (von 30 bzw. 28 Std./Woche auf 12,5 Std.). Die Stellen werden von 3 bzw. 2,5 auf jeweils 2 gekürzt, im Konzept ist von Mithilfe von Lehrern und Eltern die Rede.
- Am stärksten trifft es jedoch die Bibliothek in Holsterhausen, die im Untergeschoss der Gesamtschule untergebracht ist. Sie soll in eine „Öffentliche Schulbibliothek" umgewandelt werden. D.h. das Angebot wird noch stärker eingeschränkt, als in den Jugendbibliothekszentren. Bleiben soll ein „Selbstlernzentrum" für die Schüler mit einem „Grundangebot". Die Öffnungszeiten werden von 27,5 auf 12,5 Std./Woche mehr als halbiert, die Stellen von 3,5 auf 1 (!).

Missbrauch von Ehrenamtlichen

Der Personalrat hat noch wenige Tage vor der Ratssitzung in einer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass er die Bibliotheken als Pflichtaufgabe ansieht. In anderen Bundesländern ist dies auch gesetzlich so geregelt. Zudem führt das Konzept zur Streichung von 11,5 Stellen. Dadurch wird die Belastung des Personals unerträglich gesteigert. Eine Personalreserve wird selbst rechnerisch nicht erreicht, so dass man davon ausgehen muss, dass bei unerwarteten Ausfällen auch schon einmal eine Bibliothek zu bleibt.

Die CDU setzt demgegenüber auf die Bildung eines Fördervereins und ehrenamtliches Engagement. Ein Förderverein kann sicherlich sinnvoll sein. Ehrenamtliches Engagement, wie z.B. vom Seniorenbeirat angeboten, darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, Stellen abzubauen. Genau das ist aber der Fall. Dass es in der Praxis nicht funktionieren wird, ist absehbar. Denn zehn oder 15 Senior/innen können auch bei noch so gutem Willen kaum 11,5 ausgebildete, qualifizierte Bibliothekar/innen ersetzen.

Einschränkungen auch nicht „auf Probe"

Die PDS-Gruppe im Rat hat sich stets gegen Einschränkungen bei den Stadtteilbibliotheken ausgesprochen. Sie lehnte auch einen überraschend zur Ratssitzung vorgelegten Antrag von B. 90/ Die Grünen ab, der eine vorläufige, in ein oder zwei Jahren zu überprüfende Einführung des Konzeptes wollte. Die Einführung des Konzeptes schafft in jedem Fall Fakten, die kaum wieder rückgängig zu machen sind.

Dabei kann man sicherlich in Einzelfällen darüber reden, ob und wie das Netz der Stadtteilbibliotheken neu zu gestalten ist. Durch das vorliegende Konzept wird es an wesentlichen Punkten jedoch so „angeschossen", dass man davon ausgehen muss, dass in zwei, drei Jahren eine Debatte um weitere Schließungen der „Restbibliotheken" kommt. Für die „Öffentliche Schulbibliothek" Holsterhausen steht bisher nicht einmal ein Konzept.

Statt zu streichen wäre es angebracht, die Attraktivität der Bibliotheken zu steigern. Die drei mit jeweils 34.000 bis 40.000 Medien am besten ausgestatteten Bibliotheken (Huttrop, Überruhr und Freisenbruch) sind mit 126.000 bis 193.000 Ausleihen auch die mit den höchsten Ausleihen. Der Bedarf an den Stadtteilbibliotheken ist nämlich da. 1990 wurden in allen Stadtteilbibliotheken 1.099.065 Ausleihen registriert, 2001 waren es trotz gesunkener Einwohnerzahlen, schlechterer Bestände und wachsenden Ausleihen in der Zentralbibliothek 1.062.262 (–3,35 %). Es liegt nahe, dass sich vor allem Kinder und Jugendliche aus ärmeren Haushalten keine teuren Bücher leisten können.

Aus fiskalischer Sicht ist die Ausleihe von Büchern im übrigen ein billiger Beitrag zur städtischen Kulturpflege. Ohne etwas gegeneinander auszuspielen: Eine Ausleihe wird von der Stadt mit 2,08 subventioniert, jede Eintrittskarte bei der Theater und Philharmonie GmbH mit weit über 100 .

Wolfgang Freye

Die Stadtteilbibliothek Stoppenberg wurde kurz vor der Ratssitzung für einige Tage von Jugendlichen besetzt, aus Protest gegen die Kürzungen.

Ladenöffnungszeiten

Am Besten gleich von 0 bis 24 Uhr!

Die momentan von der SPD vehement betriebene generelle Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wird nicht einen einzigen neuen Arbeitsplatz bringen. Denn die durch die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung und durch nicht ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhungen gesunkene Massenkaufkraft wird auch durch eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten nicht verbessert. Zu Lasten der Beschäftigten im Einzelhandel wird nur eine Umverteilung des Kaufverhaltens der Kunden in die Abendstunden erreicht.

Die PDS wird die Gewerkschaften bei ihrer Mobilisierung gegen diese unsoziale Politik der Bundesregierung unterstützen - die Versprechungen im Wahlkampf waren andere.

Jäckie Schwartz

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das **StadtRotInfo** kostenlos und unverbindlich an folgende Anschrift:

. . . . . .

Name, Vorname Straße

. . . . . .

PLZ / Ort (Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201 / 860 29 04)